

Ernst Lemmer, Vorsitzender der Exil-CDU:

Die Deutschen wollen zusammenleben

Man sträubt sich dagegen, sich daran erinnern zu lassen, wie die Zeit dahingeht, ohne daß sich an der Lage unseres geteilten Volkes bis jetzt etwas geändert hätte. Festzustellen wäre höchstens, daß diese grausame Teilung am Organismus eines Volkes im Herzen Europas sich zu verhärten scheint. So haben wir keinen Anlaß, am Tage der Wiederkehr des großen Geschehens im sowjetischen Besatzungsgebiet große Töne anzuschlagen.

Wir wollen also keine Illusionen haben. Würden sie zerstört, wäre der Rückschlag um so gründlicher. Zur Resignation besteht aber kein Anlaß. Da die ersten Schritte unmittelbar nach dem großen Zusammenbruch von 1945 scheiterten, unser Volk im ganzen nach seinem Willen, nur nach seinem Willen, wieder zusammenzubringen, bedarf es der politischen Reife, um die schlimmsten Folgen von 1945 zu überwinden. Zu dieser Entwicklung können die verantwortlichen Mächte, die uns die Wiederherstellung Deutschlands versprochen haben, ebenso beitragen wie unser Volk selbst. Auf unser Volk kommt es in erster Linie an. Die Welt würde sich ohne Skrupel mit der deutschen Teilung abfinden, wenn sie nicht beunruhigt bleiben müßte, daß schlimme Folgen entstehen könnten. Unser Volk, soweit es in Freiheit seine Stimme erheben kann, sollte immer wieder die Welt davon überzeugen, daß wir uns mit der Zerstörung der Einheit unseres Volkes niemals abfinden

können. Die Unruhe muß spürbar gemacht werden, damit wir mit unserem höchsten nationalen Anliegen glaubwürdig bleiben.

Ich darf mich als einer der Sprecher der mitteldeutschen Bevölkerung betrachten. Deshalb hoffe ich, daß meine Worte nicht nur von meinen Landsleuten gelesen werden, sondern auch von anderen, die es angeht, um ein großes Unrecht zu beseitigen.

Dr. Joh. B. Gradl:

Antwort auf SED-Parteitag

Der SED-Parteitag hat auf die Vorschläge der Bundesregierung zur Erleichterung der menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen so reagiert, wie es leider erwartet werden mußte, nämlich negativ. Auf die Vorschläge selbst geht die Antwort überhaupt nicht ein. Statt dessen ist der bekannte Katalog von Maximalforderungen aneinandergereiht, angereichert mit giftigen Unterstellungen und der Forderung, die Bundesregierung solle den Status quo der Teilung anerkennen.

Die „annexionistische Alleinvertretungsannaßung der Bun-

An dieser Stelle kann ich nach zahlreichen Eindrücken der letzten Monate wahrheitsgemäß versichern, daß unsere Landsleute in der Zone, nahezu ausnahmslos, in zwei Jahrzehnten nicht korrumpiert werden konnten. Sie stehen, wenn auch durch Mauer und Stacheldraht getrennt, mit uns in seelischer und geistiger Verbindung. Auf beiden Seiten der Trennungslinie ist es klar: Die Deutschen wollen wieder nach ihrem Willen in einem Staat zusammenleben, dessen innere Ordnung von ihnen allein bestimmt werden muß. Daß dieses Ziel einmal erreicht werden wird, ist meine unerschütterliche Überzeugung.

desrepublik“ sei das entscheidende Hindernis, heißt es in der SED-Erklärung. Aber diese angebliche Annaßung ist eine Konsequenz, die die SED selber erzwungen hat. Denn am innerdeutschen Anfang der Leidenskette der Teilung steht die Alleinvertretung, die sich die SED nach dem Kriege in Mitteldeutschland mit sowjetischer Hilfe angemaßt hat. Die mit List und Gewalt erzwungene Vereinigung der mitteldeutschen SPD mit der KPD, die erzwungene Gleichschaltung der anderen demokratischen Parteien, die Etablierung der kommunistischen Macht auf volks-

demokratische Weise, die faktische Beseitigung der demokratischen Grundrechte und mit alledem die Unterwerfung der siebzehn Millionen unter das Meinungs- und Herrschaftsmonopol der SED — dies ist kommunistische Alleinvertretungsmaßnahme. Sie ist es, die dem freien Teil Deutschlands die Pflicht aufzuzwingen hat, für die Landsleute im anderen Teil einzutreten, für sie zu sprechen, ihre Sache drinnen und draußen zu vertreten. Die SED hätte es in der Hand, dies zu ändern. Dazu müßte sie sich allerdings einem offenen demokratischen Wettbewerb stellen, und sie müßte eine konkurrierende politische Meinungsbildung in ihrem Bereich zulassen.

Trotz der Haltung des SED-Parteitagcs wäre es falsch, würden wir uns von unserem Versuch innerdeutscher Entkrampfung abbringen lassen. Es wäre falsch, die SED aus dem Griff zu lassen. Die Tatsache, daß die SED-Führung der Initiative der Bundesregierung so viel Aufmerksamkeit des Parteitages zuwenden mußte, und gerade auch die Schroffheit ihrer Reaktion sind Zeichen dafür, daß die Wirkung unserer Entkrampfungsversuche in Mitteleuropa tiefer geht. Die Bundesregierung wird also ihre Bemühungen fortsetzen müssen, Wege zu weisen und zu gehen, die unter den Gegebenheiten der politischen Teilung dennoch zu einem stärkeren Miteinander, menschlich, kulturell, wirtschaftlich führen können.

Was aber die auch in dieser SED-Antwort wieder verlangten „gleichberechtigten Verhandlungen“ angeht, so ist dazu zu sagen: Zunächst einmal kommt es darauf an, materielle Regelungen zu ermitteln. Dies ist eine Sache von Fachleuten und Sachverständigen. Dann erst, wenn förmliche Bestätigungen notwendig werden sollten, stellt sich die Frage der „Ebene“. Sie wird um so weniger ein Hindernis sein, je weitreichender und zuverlässiger das materielle Ergebnis ist im Sinne der Erklärung der Bundesregierung, „Gräben zu überwinden“, das heißt, die Teilung abzubauen.

Die heutigen Preise im freien Teil Deutschlands

Wenn Ihnen das Selbstbestimmungsrecht durch das kommunistische Regime bisher nicht vorenthalten worden wäre, gehörten auch Sie zu der drittgrößten Industrie- und der zweitgrößten Handelsnation der Erde. Gutes Geld und die Entscheidung für die soziale, freie Marktwirtschaft schufen die Voraussetzungen für einen stürmischen Aufbau in der Bundesrepublik. Gemessen an Fläche und Bevölkerung ist die Bundesrepublik ein Zwerg, gemessen an Wirtschaftskraft und sozialen Leistungen ein Riese.

Einzelpreise für Nahrungs- und Genußmittel

	Einheit	1951 DM	1960 DM	1966 DM
Bohnenkaffee	1 kg	28,77	19,09	17,69
Zigaretten	1 Stück	0,08	0,075	0,075
Kakao	125 g	0,96	1,15	1,11
Apfelsinen	1 Stück	0,22	0,27	0,27
Zitronen	1 Stück	0,13	0,15	0,17
Bananen	1 Stück	0,20	0,19	0,21
Bücklinge	1 kg	1,35	2,68	3,62
Schokolade	100 g	1,04	1,30	0,79
Kotelett	1 kg	4,60	4,46	9,23
Rindfleisch, Querrippe	1 kg	3,04	4,60	5,90
Schlackwurst	1 kg	6,55	8,71	10,70
Herrenhalbschuhe, Rindbox	1 Paar	—	29,50	32,00
Damenhalbschuhe, Rindbox	1 Paar	—	27,80	28,85
Damenkleid, Trevira	1 Stück	—	73,60	77,50
Herrenanzug, Trev.	1 Stück	—	146,70	159,00
Damenstrümpfe Perlon, 1. Wahl	1 Paar	—	1,00—2,89	0,90—2,55
Wolle	100 g	—	2,61	3,33
Damenpullover	1 Stück	—	20,96	25,35
Oberhemd, Nylon	1 Stück	—	—	9,50—21,90
Feinseife	100 g	—	0,47	0,65
Feinwaschmittel	1 Packung	—	0,90	0,95
Fernsehgerät	1 Stück	—	610—839	480—892
			53 Bildgr.	59 Bildgr.
Kühlschrank	1 Stück	—	403,00	339,00
			110 Liter	185 Liter
Benzin, Super	1 Liter	—	0,57—0,63	0,53—0,61

Verbesserungen in der Kriegsofferversorgung

Die von Bundesarbeitsminister Hans Katzer eingeleitete Verbesserung der Kriegsofferversorgung ist unter Dach und Fach.

Das Gesetz bringt für alle 2,8 Millionen Kriegsofferverdienstleistungen. Sie erfordern 1967 Mehraufwendungen des Bundes von 885 Millionen DM. Davon kommen etwa 515 Millionen oder rund 60 Prozent den 1,2 Millionen Kriegsofferverwitwen zugute.

Bei der Schlußberatung im Bundestag betonte Minister Katzer, daß die Fortentwicklung des Kriegsofferverdienstes als vorrangige soziale Aufgabe von Bundesregierung und Parlament behandelt worden sei. Allseitigen Beifall erhielt der Minister, als er erklärte, man könne 20 Jahre nach Kriegsende nicht so tun, als gingen uns die Folgen dieses Krieges nichts mehr an. „Wir haben diesen Krieg gemeinsam verloren, wir müssen auch gemeinsam die Lasten tragen, die er mit sich brachte. Schließlich sind in diesen 20 Jahren die gesundheitlichen Leiden und Beschwerden der Beschädigten nicht leichter geworden, und auch diese Jahre konnten die Hinterbliebenen den Verlust ihres Ernährers nicht vergessen lassen.“

Das Gesetz sieht unter anderem folgende wesentliche Verbesserungen vor:

● Die Grundrente, auf die jeder Beschädigte einen Rechtsanspruch hat, wird, gestaffelt nach der Schwere der Erwerbsminderung, um 8 bis 30 DM monatlich angehoben. Ein erwerbsunfähiger Schwerbeschädigter erhält künftig eine monatliche Grundrente von 270 anstelle von jetzt 240 DM. Die Ausgleichsrente, die nur Schwerbeschädigten mit sonst nicht für den Lebensunterhalt ausreichenden Einkünften gewährt wird, wird im gleichen Verhältnis angehoben. Die Vollrente (Grund- und Ausgleichsrente) eines erwerbsunfähigen Beschädigten beläuft sich daher künftig auf 540 anstelle von jetzt 480 DM.

● Der Höchstbetrag für den Berufsschadensausgleich an Schwerbeschädigte wird von 400 auf 500 DM monatl. erhöht.

● Die Grund- und Ausgleichsrenten der Kriegsofferverwitwen werden um je 30 DM monatlich auf je 150 DM erhöht. Die Vollrente (Grund- und Ausgleichsrente) einer Kriegsofferverwitwe beträgt daher künftig 300 DM monatlich. Das Ziel, die Witwenversorgung auf 60 Prozent der Vollrente des erwerbsunfähigen Beschädigten zu bringen, wird damit nahezu erreicht. Die Witwenversorgung beträgt künftig rund 55 Prozent (jetzt 50 Prozent) der Vollrente des erwerbsunfähigen Beschädigten.

● Witwen, die neben der Grund- und Ausgleichsrente keinen Schadensausgleich erhalten und auch keine anderen Einkünfte haben, erhalten eine Gesamtversorgung von monatlich 310 DM. Diese Verbesserung wurde vom Bundestag eingefügt.

● Für die gesamte Verbesserung der Witwenversorgung werden rund 515 Millionen DM aufgewandt. Das sind etwa 60 Prozent der Gesamtaufwendungen von 885 Millionen DM.

● Die Grundrente der Halbwaisen wird um 10 DM auf 45 DM monatlich und die der Vollwaisen um 15 DM auf 85 DM monatlich erhöht. Die Ausgleichsrente wird um je 10 DM auf 80 DM bei Halbwaisen und auf 110 DM bei Vollwaisen angehoben.

● Die Leistungen der Kriegsofferverversorgung sollen künftig in zweijährigen Abständen, erstmals 1969, unter Berücksichtigung der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und des realen Wachstums der Volkswirtschaft überprüft werden. Die Bundesregierung soll jeweils berichten, inwieweit eine Änderung der Leistungen möglich ist.

Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Otto Meier, 1 Berlin 42, Strasserweg 277. Wir danken für Ihre Hilfe.